

No. 28477

AUSTRIA
and
EUROPEAN PATENT ORGANISATION

Agreement concerning the headquarters of the Vienna sub-office of the European Patent Office. Signed at Vienna on 2 July 1990

*Authentic texts: German, English and French.
Registered by Austria on 21 November 1991.*

AUTRICHE
et
ORGANISATION EUROPÉENNE
DES BREVETS

Accord relatif au siège de l'Agence de Vienne de l'Office européen des brevets. Signé à Vienne le 2 juillet 1990

*Textes authentiques : allemand, anglais et français.
Enregistré par l'Autriche le 21 novembre 1991.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND
DER EUROPÄISCHEN PATENTORGANISATION ÜBER DEN
SITZ DER DIENSTSTELLE WIEN DES EUROPÄISCHEN PA-
TENTAMTS**

Präambel

Die Republik Österreich
und
die Europäische Patentorganisa-
tion

GESTÜTZT auf das Überein-
kommen vom 5. Oktober 1973
über die Erteilung europäischer
Patente

GESTÜTZT auf das Protokoll
über die Vorrechte und Immuni-
täten der Europäischen Patentor-
ganisation,

GESTÜTZT auf Artikel 3 des
Abkommens zwischen der Repu-
blik Österreich und der Europäi-
schen Patentorganisation über die
Übernahme der Internationalen
Patentdokumentationszentrum
Gesellschaft mit beschränkter
Haftung (INPADOC) in das
Europäische Patentamt

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bezeich-
net der Begriff

- a) „Organisation“ die
Europäische Patentorgani-
sation;
- b) „Amt“ das Europäische Pa-
tentamt;
- c) „Vertragsstaat“ jeden Ver-
tragsstaat des Übereinkom-

mens vom 5. Oktober 1973
über die Erteilung europäi-
scher Patente;

- d) „Dienststelle“ die von der
Europäischen Patentorgani-
sation gemäß Artikel 3 des
Abkommens zwischen der
Republik Österreich und der
Europäischen Patentorgani-
sation über die Übernahme
der Internationalen Patent-
dokumentationszentrum
Ges. m. b. H. (INPADOC)
in das Europäische Patent-
amt errichtete Dienststelle
des Europäischen Patent-
amts in Wien;
- e) „Bediensteter der Dienst-
stelle“ jeden Bediensteten
des Europäischen Patent-
amts, der nicht nur vorüber-
gehend bei der Dienststelle
tätig ist;
- f) „amtliche Tätigkeit“ jede
Tätigkeit, die für die im
Übereinkommen vom
5. Oktober 1973 über die
Erteilung europäischer Pa-
tente vorgesehene Verwal-
tungsarbeit und technische
Arbeit der Europäischen Pa-
tentorganisation unbedingt
erforderlich ist.

Artikel 2

Sitz

- (1) Der ständige Sitz der
Dienststelle befindet sich im Sitz-

bereich. Die Organisation hat das Recht, im Einvernehmen mit der Republik Österreich einen Sitzbereich zu beziehen. Dessen Umschreibung sowie die Einzelheiten der Benützung werden in einem zwischen dieser und der Organisation abzuschließenden Zusatzabkommen geregelt.

(2) Der Sitz der Dienststelle kann nur im Einvernehmen mit der Republik Österreich verlegt werden. Eine zeitweilige Verlegung des Sitzes an einen anderen Ort gilt nicht als Verlegung des ständigen Sitzes, sofern nicht ein ausdrücklicher Beschuß der Organisation vorliegt. Auch eine zeitweilige Verlegung des Sitzes bedarf des Einvernehmens mit der Republik Österreich.

(3) Jedes Gebäude in Wien oder außerhalb Wiens, das im Einvernehmen mit der Republik Österreich für von der Organisation einberufene Sitzungen benutzt wird, gilt als zeitweilig in den Sitzbereich einbezogen.

(4) Die Organisation hat im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit das Recht, im Einvernehmen mit der Republik Österreich eine oder mehrere Funksende- und -empfangsanlagen sowie Fernmeldeeinrichtungen zu errichten und zu betreiben, sowie sonstige Fernmeldeeinrichtungen zu errichten und zu betreiben.

(5) Die Organisation kann Forschungs-, Dokumentations- und andere technische Einrichtungen jeder Art errichten und betreiben. Diese Einrichtungen unterliegen den entsprechenden Sicherheitsvorschriften, die für Einrichtungen, durch welche Ge-

fahren für Gesundheit und Sicherheit oder Einwirkungen auf Vermögen entstehen können, einvernehmlich mit der Republik Österreich festzulegen sind.

(6) Die in den Absätzen 4 und 5 vorgesehenen Einrichtungen können, soweit dies für ihren ordentlichen Betrieb erforderlich ist, außerhalb des Sitzbereiches errichtet und betrieben werden. Die Republik Österreich wird über Ersuchen der Organisation, gemäß den in einem Zusatzabkommen zu vereinbarenden Bestimmungen und Modalitäten, für den Erwerb oder die Benützung entsprechender Räumlichkeiten durch die Organisation für derartige Zwecke und für die Einbeziehung derselben in den Sitzbereich Vorsorge treffen.

Artikel 3

Unverletzlichkeit

(1) Der Sitzbereich ist unverletzlich. Organe der Republik Österreich dürfen diesen nur mit Zustimmung des Leiters der Dienststelle unter den von ihm festgelegten Bedingungen betreten. Bei Feuer oder einem anderen Unglück, das sofortige Schutzmaßnahmen erfordert, wird diese Zustimmung vermutet.

(2) Schriftstücke österreichischer Behörden können im Sitzbereich der Dienststelle zugestellt werden.

(3) Die Organisation wird verhindern, daß der Sitzbereich Personen als Zuflucht dient, die sich der Verhaftung auf Grund eines Gesetzes der Republik Österreich entziehen wollen, die diese an ein anderes Land auslie-

fern will oder die gerichtlichen Vollzugshandlungen zu entgehen versuchen.

Artikel 4

Immunität

(1) Die Organisation genießt im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit Immunität von der Gerichtsbarkeit und Vollstreckung mit Ausnahme folgender Fälle:

- a) soweit die Organisation im Einzelfall ausdrücklich hierauf verzichtet;
- b) im Fall eines von einem Dritten angestrengten Zivilverfahrens wegen Schäden auf Grund eines Unfalls, der durch ein der Organisation gehörendes oder für sie betriebenes Motorfahrzeug verursacht wurde, oder im Fall eines Verstoßes gegen Vorschriften, die die Haltung, den Betrieb und die Benützung von Motorfahrzeugen regeln;
- c) im Fall einer durch eine behördliche oder gerichtliche Entscheidung angeordneten Pfändung des Gehalts, eines Bezuges oder einer Vergütung, die die Organisation einem Bediensteten schuldet, es sei denn, sie erklärt gegenüber den zuständigen Behörden innerhalb von 14 Tagen, nachdem ihr die Entscheidung zugestellt wurde, daß sie auf die Immunität nicht verzichtet.

(2) Unbeschadet der Absätze 1 und 3 genießen das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden,

Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder Zwangsverwaltung.

(3) Das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation genießen ebenfalls Immunität von jedem behördlichen Zwang oder jeder Maßnahme, die einem Urteil vorausgehen, es sei denn, daß dies im Zusammenhang mit der Verhinderung und gegebenenfalls der Untersuchung von Unfällen, an denen der Organisation gehörende oder für sie betriebene Motorfahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend notwendig ist.

Artikel 5

Schutz des Sitzbereiches

Die Republik Österreich wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, um den Sitzbereich der Dienststelle vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen.

Artikel 6

Öffentliche Leistungen im Sitzbereich

(1) Die Republik Österreich wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, daß für den Sitzbereich die notwendigen öffentlichen Einrichtungen und Leistungen bereitgestellt werden.

(2) Der Leiter der Dienststelle wird über Ersuchen die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um den gehörig bevollmächtigten Vertretern der zuständigen öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen, die Anlagen, Leitungen, Netze und Kanalanlagen im Sitzbereich zu überprüfen, instandzusetzen, instandzuhalten,

wiederherzustellen oder zu verlegen, und zwar in einer Weise, daß dadurch die amtliche Tätigkeit nicht über Gebühr gestört wird.

Artikel 7

Archive

Die Archive der Organisation sowie alle Dokumente und Datenträger, die ihr gehören oder sich in ihrem Besitz befinden, sind unverletzlich.

Artikel 8

Datenschutz

Die Organisation gewährleistet, daß die von der elektronischen Datenverarbeitung betroffenen Personen Datenschutzrechte gegenüber der Organisation zumindest in dem Umfang geltend machen können, wie sie vom Europäischen Übereinkommen vom 28. Jänner 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vorgesehen sind.

Artikel 9

Nachrichtenverkehr, Veröffentlichungen

(1) Die Republik Österreich gestattet und schützt den freien Verkehr der Organisation im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit. Die Organisation kann sich im Verkehr mit der Dienststelle oder einem Bediensteten im Sitzbereich aller geeigneten Mittel einschließlich Kuriere und verschlüsselter Nachrichten bedienen; auf diese finden dieselben Privilegien und Immunitäten Anwendung, wie auf diplomatische Kuriere und Sendungen.

(2) Die Republik Österreich anerkennt das Recht der Organisation, im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit innerhalb der Republik Österreich unbehindert Veröffentlichungen durch Druckwerke, Datenträger, Datenübertragung oder Rundfunk vorzunehmen. Es besteht jedoch Einverständnis darüber, daß die Organisation Gesetze der Republik Österreich oder internationale Verträge, die das Urheberrecht betreffen und denen die Republik Österreich angehört, einhalten wird.

Artikel 10

Steuer- und Zollfreiheit

(1) Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit sind die Organisation, deren Vermögenswerte, Einkünfte und anderes Eigentum von jeder Form der Besteuerung befreit; eine solche Steuerbefreiung bezieht sich jedoch nicht auf den Eigentümer oder Bestandgeber des von der Organisation in Bestand genommenen Eigentums.

(2) Indirekte Steuern, die einen Teil der Kosten der Waren oder Dienstleistungen darstellen, die von der Organisation im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit gekauft oder für sie erbracht wurden, Miet- und Pachtzinse eingeschlossen, werden der Organisation in dem Ausmaß rückvergütet, in dem österreichische Rechtsvorschriften dies für ausländische Vertretungsbehörden vorsehen.

(3) Alle Rechtsgeschäfte, an denen die Organisation beteiligt ist, und alle Urkunden über solche sind von allen Abgaben, Beurkundungs- und Gerichtsgebühren befreit.

(4) Gegenstände, die von der Organisation im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit ein- oder ausgeführt werden, sind von Zollgebühren und anderen Abgaben, sofern diese nicht lediglich ein Entgelt für öffentliche Dienstleistungen darstellen, sowie von wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit.

(5) Die Organisation ist hinsichtlich der Einfuhr von Dienstwagen und Ersatzteilen für diese, soweit sie im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit benötigt werden, von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, sofern diese nicht lediglich ein Entgelt für öffentliche Dienstleistungen darstellen, sowie von wirtschaftlichen Verboten und Beschränkungen befreit.

(6) Die gemäß den Absätzen 4 und 5 eingeführten Gegenstände dürfen von der Organisation in der Republik Österreich innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren nach Einfuhr oder Erwerb nicht an andere Personen überlassen oder übertragen werden; andernfalls sind die bei der Einfuhr unerhoben gebliebenen Abgaben zu entrichten. Dies gilt nicht für Gegenstände, die im Rahmen der technischen Arbeit der Organisation zur Weitergabe bestimmt sind.

(7) Die Organisation ist von der Verpflichtung zur Entrichtung des Dienstgeberbeitrages zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen befreit.

Artikel 11

Finanzielle Erleichterungen

Die Organisation kann, ohne irgendwelchen Kontrollen oder Vorschriften unterworfen zu sein, für amtliche Zwecke ungehindert

- a) jegliche Zahlungsmittel auf gesetzlich zulässigem Weg erwerben, besitzen und über sie verfügen;
- b) über Guthaben in jeder beliebigen Währung verfügen;
- c) Kapitalien und Wertpapiere auf gesetzlich zulässigem Weg erwerben, besitzen und darüber verfügen;
- d) ihre Kapitalien, Wertpapiere und Zahlungsmittel in die Republik Österreich oder aus der Republik Österreich, in jedes Land oder aus jedem Land oder innerhalb der Republik Österreich transferieren; und
- e) sich durch Nutzung ihrer Kreditfähigkeit oder auf andere ihr wünschenswert erscheinende Weise Kapitalien beschaffen, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Beschaffung von Kapitalien in der Republik Österreich die Organisation deren Zustimmung einzuholen hat.

Artikel 12

Soziale Sicherheit

Die Bediensteten der Dienststelle und des Amtes sind von der

Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften über die Sozialversicherung befreit, sofern sie dem System der Sozialen Sicherheit der Organisation angehören.

Artikel 13

Ein-, Aus-, Durchreise und Aufenthalt

(1) Die Republik Österreich wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um den nachstehend angeführten Personen die Einreise nach und den Aufenthalt in der Republik Österreich zu erleichtern und wird ihrer Ausreise aus österreichischem Hoheitsgebiet keine Hindernisse in den Weg legen und dafür sorgen, daß sie bei ihren Reisen zum und vom Amtssitzbereich nicht behindert werden, sowie ihnen während der Reise jeden erforderlichen Schutz zuteil werden lassen:

- a) Vertretern der Vertragsstaaten, und diesen beigegebenen Stellvertretern, Beratern oder Sachverständigen;
- b) Vertretern der von der Organisation eingeladenen Staaten oder Institutionen;
- c) Bediensteten des Amtes;
- d) Bediensteten der Dienststelle und deren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- e) Sachverständigen im Sinn von Artikel 17.

(2) Die von den in diesem Artikel angeführten Personen allenfalls benötigten Sichtvermerke werden kostenlos und so rasch wie möglich erteilt.

(3) Eine in Absatz 1 angeführte Person darf von der Republik

Österreich nicht zum Verlassen des österreichischen Hoheitsgebiets verhalten werden, außer bei Vorliegen eines Mißbrauchs des Rechts auf Aufenthalt, in welchem Fall das folgende Verfahren anzuwenden ist:

- a) Die Einleitung eines Verfahrens mit dem Ziel, eine solche Person zum Verlassen des österreichischen Hoheitsgebiets zu verhalten, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich;
- b) handelt es sich hierbei um eine in Absatz 1 lit. a genannte Person, dann darf diese Zustimmung nur nach Rücksprache mit der Regierung des betreffenden Vertragsstaates erteilt werden;
- c) handelt es sich um eine in Absatz 1 lit. b bis e genannte Person, dann darf diese Zustimmung nur nach Rücksprache mit dem Leiter der Dienststelle erteilt werden. Wird ein Ausweisungsverfahren gegen eine solche Person eingeleitet, hat der Leiter der Dienststelle das Recht, bei einem solchen Verfahren neben der Person, gegen die es eingeleitet wird, zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden; und
- d) der Leiter der Dienststelle und sein Stellvertreter dürfen nur entsprechend dem gegenüber Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten

Leiter diplomatischer Vertretungen üblichen Verfahren zum Verlassen des österreichischen Hoheitsgebietes verhalten werden.

(4) Die Republik Österreich ist berechtigt, einen ausreichenden Nachweis darüber zu verlangen, daß die Personen, welche die durch diesen Artikel eingeräumten Rechte beanspruchen, unter die in Absatz 1 angegebenen Kategorien fallen oder die angemessene Anwendung von Quarantäne- und Gesundheitsvorschriften zu fordern.

Artikel 14

Bedienstete der Dienststelle

(1) Bedienstete der Dienststelle genießen in und gegenüber der Republik Österreich folgende Vorrechte und Immunitäten:

a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amts vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Bediensteten der Dienststelle oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht wurde; diese Befreiung besteht auch dann weiter, wenn die betreffenden Personen nicht mehr Bedienstete der Dienststelle sind;

- b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke, Datenträger und Urkunden;
- c) Befreiung von der Besteuerung der Gehälter, Bezüge und Vergütungen, die sie vom Amt im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit beim Amt erhalten; diese Befreiung bezieht sich auch auf Unterstützungen an die Familienangehörigen der Bediensteten;
- d) Befreiung von jeder Art der Besteuerung von Einkommen, die aus Quellen außerhalb der Republik Österreich stammen;
- e) Befreiung von Einreisebeschränkungen und von der Meldepflicht für sich selbst und ihre im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- f) die Befugnis, in der Republik Österreich ausländische Wertpapiere, Guthaben in fremden Währungen und andere bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte, letztere jedoch nur unter den auch für österreichische Staatsbürger geltenden Bedingungen, zu erwerben und zu besitzen, sowie das Recht, bei Beendigung ihres Dienstverhältnisses bei der Organisation ohne Vorbehalte oder Beschränkungen ihre Zahlungsmittel auf gesetzlich zulässigem Weg in der gleichen Währung und bis zu denselben Beträgen auszuführen, wie sie sie in die Republik Österreich eingeführt haben;

- g) das Recht, zum persönlichen Gebrauch frei von Steuern und Abgaben, sofern diese nicht lediglich ein Entgelt für öffentliche Dienstleistungen darstellen, sowie frei von wirtschaftlichen Einfuhrverboten und -beschränkungen folgendes einzuführen:
- i) ihre Einrichtungsgegenstände und persönliche Habe in einem oder mehreren getrennten Transporten;
 - ii) anlässlich der Übersiedlung bei ihrem ersten Dienstantritt bis zu zwei Kraftwagen.

(2) Bedienstete der Dienststelle, die nicht österreichische Staatsbürger sind, sind von den Leistungen aus dem Familienlastenausgleich ausgeschlossen; gleiches gilt für deren Ehegatten und minderjährige Kinder, sofern sie mit dem Bediensteten in einer Haushaltsgemeinschaft leben.

Artikel 15

Leiter der Dienststelle

Neben den in Artikel 14 angeführten Vorrechten und Immunitäten werden dem Leiter der Dienststelle und seinem Stellvertreter, sofern diese nicht österreichische Staatsbürger oder in der Republik Österreich ständig ansässig sind, die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt, die Leitern diplomatischer Vertretungsbehörden oder Mitgliedern diplomatischer Vertretungsbehörden vergleichbaren Ranges eingeräumt werden.

Artikel 16

Bedienstete des Amts

(1) Während der Dauer eines dienstlichen Aufenthaltes genießen Bedienstete des Amts in und gegenüber der Republik Österreich folgende Vorrechte und Immunitäten:

- a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Bediensteten des Amts oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht wurde. Diese Befreiung besteht auch dann weiter, wenn die betreffenden Personen nicht mehr Bedienstete des Amts sind;
- b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke, Datenträger und Urkunden;
- c) Befreiung von der Besteuerung der Gehälter, Bezüge und Vergütungen, die sie vom Amt im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit beim Amt erhalten; diese Befreiung bezieht sich auch auf Unterstützungen an die Familienangehörigen der Bediensteten;
- d) Befreiung von jeder Art der Besteuerung von Einkommen, die aus Quellen außerhalb der Republik Österreich stammen;

e) Befreiung von Einreisebeschränkungen und von der Meldepflicht.

(2) Alle ehemalige Bediensteten des Amts sind von der staatlichen Einkommensteuer auf ihnen von der Organisation gezahlte Renten und Ruhegehälter befreit. Die Republik Österreich behält jedoch das Recht, diese Renten und Ruhegehälter bei der Festsetzung der von den Einkünften aus anderen Quellen zu erhebenden Steuer zu berücksichtigen.

Artikel 17

Sachverständige

(1) Sachverständige genießen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit für die Organisation oder bei der Ausführung von Aufträgen für diese die nachstehenden Vorteile und Immunitäten, soweit sie für die Ausübung ihrer Tätigkeiten notwendig sind, und zwar auch während der Reisen, die in Ausübung ihrer Tätigkeit oder zur Durchführung ihres Auftrags ausgeführt werden:

a) Befreiung von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr durch einen Sachverständigen oder im Fall eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Motorfahrzeug verursacht wurde; die Sachverständi-

gen genießen diese Immunität auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Organisation;

- b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke, Datenträger und Urkunden;
- c) die zur Überweisung ihrer Bezüge und Entschädigungen erforderlichen devisenrechtlichen Befreiungen.

(2) In jenen Fällen, in denen der Anfall irgendeiner Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, während derer sich die in Absatz 1 genannten Personen in der Republik Österreich zur Erfüllung ihrer Aufgaben aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen. Diese Personen sind insbesondere von der Steuerzahlung für ihre von der Organisation empfangenen Bezüge und Entschädigungen während eines derartigen Dienstzeitraumes befreit.

Artikel 18

Mitteilung der Personaleinstellungen

Personalausweise

(1) Die Dienststelle wird der Republik Österreich die Aufnahme und Beendigung der Dienstverhältnisse der Bediensteten mitteilen.

(2) Die Republik Österreich wird den Bediensteten der Dienststelle und ihren im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen, sofern sie nicht österreichische Staatsbürger oder Personen sind, die in der Republik Österreich ständig ansässig sind, einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers verse-

hen ist, ausstellen. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber allen österreichischen Behörden.

(3) Österreichischen Staatsbürgern oder Personen, die bei Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der Dienststelle in der Republik Österreich ständig ansässig sind, kann die Organisation einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, ausstellen.

Artikel 19

Österreichische Staatsbürger und ständig in der Republik Österreich ansässige Personen

Österreichischen Staatsbürgern oder Personen, die bei Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Republik Österreich ständig ansässig sind, stehen nur die in Artikel 12, Artikel 14 Absatz 1 lit. a, b und c, Artikel 16 Absatz 1 lit. a, b und c und Absatz 2 sowie die in Artikel 17 genannten Vorrechte und Immunitäten zu.

Artikel 20

Zweck der Gewährung von Vorrechten und Immunitäten

(1) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten sind nicht dazu bestimmt, den Bediensteten der Dienststelle oder den Sachverständigen persönliche Vorteile zu verschaffen. Sie sind lediglich zu dem Zweck vorgesehen, unter allen Umständen die ungehinderte amtliche Tätigkeit der Organisation und die vollständige Unabhängigkeit der Personen, denen sie gewährt werden, zu gewährleisten.

(2) Die Organisation hat die Pflicht, eine Immunität aufzuheben, würde sie nach ihrer Ansicht verhindern, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann.

Artikel 21

Beilegung von Streitigkeiten

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Republik Österreich und der Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder irgendeines Zusatzabkommens sowie alle Fragen hinsichtlich des Sitzbereiches oder des Verhältnisses zwischen der Republik Österreich und der Organisation, welche nicht im Verhandlungsweg oder nach einem anderen einvernehmlich festgelegten Verfahren beigelegt werden, sind zur endgültigen Entscheidung einem aus drei Schiedsrichtern zusammengesetzten Schiedsgericht zu unterbreiten; von diesem ist einer von der Republik Österreich, einer von der Organisation und der dritte, der als Vorsitzender des Schiedsgerichts fungieren soll, von den beiden ersten Schiedsrichtern auszuwählen. Können die beiden ersten Schiedsrichter innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Ernennung keine Einigung hinsichtlich des dritten Schiedsrichters erzielen, so wird dieser dritte Schiedsrichter auf Ersuchen der Republik Österreich oder der Organisation vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ausgewählt.

Artikel 22
Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation über die Übernahme des Internationalen Patentdokumentationszentrums (INPADOC) in das Europäische Patentamt in Kraft.

b) wenn die Dienststelle aus dem Gebiet der Republik Österreich verlegt wird; hierbei sind jene Bestimmungen des Abkommens ausgenommen, die in Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Beendigung der Tätigkeit der Dienststelle und mit der Verfügung über ihr dort befindliches Eigentum gegebenenfalls Anwendung finden.

Artikel 23

Außerkrafttreten

Dieses Abkommen tritt außer Kraft:

- a) wenn darüber zwischen der Republik Österreich und der Organisation Einvernehmen herrscht; und

Geschehen zu Wien am 2. Juli 1990 in zwei Urschriften in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wordlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Republik
Österreich:
SCHÜSSEL

Für die Europäische
Patentorganisation:
BRAENDLI

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE EUROPEAN PATENT ORGANISATION CONCERNING THE HEADQUARTERS OF THE VIENNA SUB-OFFICE OF THE EUROPEAN PATENT OFFICE

Preamble

The Republic of Austria
and
the European Patent Organisa-
tion

HAVING REGARD to the Convention on the Grant of European Patents of 5 October 1973,²

HAVING REGARD to the Protocol on Privileges and Immunities of the European Patent Organisation,³

HAVING REGARD to Article 3 of the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation on the integration of the International Patent Documentation Center (INPADOC) into the European Patent Office,⁴

have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Agree-
ment:

(a) "Organisation" means the European Patent Organisa-
tion;

- (b) "Office" means the European Patent Office;
- (c) "Contracting State" means any State party to the Convention on the Grant of European Patents of 5 October 1973;
- (d) "sub-office" means the sub-office of the European Patent Office established in Vienna by the European Patent Organisation in accordance with Article 3 of the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation on the integration of the International Patent Documentation Center (INPADOC) into the European Patent Office;
- (e) "employee of the sub-office" - means any member of the European Patent Office's staff employed at the sub-office other than persons there on temporary assignments;
- (f) "official activities" means any activities strictly necessary for the administrative and technical work which the European Patent Organisation is required to perform by the Convention

¹ Came into force on 1 January 1991, the date of entry into force of the Agreement on the integration of the International Patent Documentation Center (INPADOC) into the European Patent Office, in accordance with article 22.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1065, p. 199.

³ Not registered at the date of registration of the Agreement published herein.

⁴ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1679, No. I-29008.

on the Grant of European
Patents of 5 October 1973.

Article 2 Headquarters

(1) The permanent headquarters of the sub-office shall be in the precinct designated for that purpose. With the agreement of the Republic of Austria, the Organisation shall have the right to occupy such a precinct. The precinct shall be defined and details of its use laid down in an additional agreement to be concluded between the Republic of Austria and the Organisation.

(2) The headquarters of the sub-office may only be transferred elsewhere with the agreement of the Republic of Austria. Temporary transfer of the headquarters elsewhere shall not constitute transfer of the permanent headquarters unless the Organisation takes an express decision to that effect. Temporary transfer of the headquarters shall also require the agreement of the Republic of Austria.

(3) Any building in or outside Vienna used with the agreement of the Republic of Austria for meetings convened by the Organisation shall be deemed temporarily to form part of the headquarters precinct.

(4) In connection with its official activities the Organisation shall have the right to establish and operate with the agreement of the Republic of Austria one or more radio transmitters and receivers and other telecommunication facilities.

(5) The Organisation may establish and operate research, documentation and other technical facilities of any type. These facilities shall be subject to appropriate safeguards which, in the case of facilities which might create hazards to health or safety or interfere with property, shall be agreed with the Republic of Austria.

(6) The facilities provided for in paragraphs 4 and 5 may, to the extent necessary for efficient operation, be established and operated outside the headquarters precinct. The Republic of Austria shall, at the request of the Organisation, take steps, in accordance with such provisions and arrangements as may be agreed upon in an additional agreement, to facilitate the acquisition or use by the Organisation of appropriate premises for such purposes and for the inclusion of such premises in the headquarters precinct.

Article 3 Inviolability

(1) The headquarters precinct shall be inviolable. Authorities of the Republic of Austria shall not enter it except with the consent of, and on terms laid down by, the head of the sub-office. Such consent shall be assumed in the case of fire or other disaster requiring prompt protective action.

(2) Instruments issued by Austrian authorities may be served in the headquarters precinct.

(3) The Organisation shall prevent the headquarters precinct from being used as a refuge by persons who are avoiding arrest under any law of the Republic of Austria, who are sought by the latter for extradition to another country, or who are endeavouring to avoid service of legal process.

Article 4

Immunity

(1) Within the scope of its official activities the Organisation shall have immunity from jurisdiction and enforcement, except

- (a) to the extent that the Organisation shall have expressly waived such immunity in a particular case;
- (b) in the case of a civil action brought by a third party for damage resulting from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Organisation, or in respect of an infringement of regulations governing the keeping, operation and use of motor vehicles;
- (c) in the case of attachment, pursuant to a decision by the administrative or judicial authorities, of the salary, emoluments or indemnities owed by the Organisation to an employee, unless the Organisation informs the competent authorities within 14 days of the date on which it is notified of said decision that it does not waive its immunity.

(2) Without prejudice to paragraphs 1 and 3, the property and assets of the Organisation, wher-

ever situated, shall be immune from any form of requisition, confiscation, expropriation and sequestration.

(3) The property and assets of the Organisation shall also be immune from any form of administrative or provisional judicial constraint, except insofar as may be temporarily necessary in connection with the prevention of, and investigation of, accidents involving motor vehicles belonging to or operated on behalf of the Organisation.

Article 5

Protection of the headquarters precinct

The Republic of Austria shall take all appropriate measures to protect the headquarters precinct from forcible entry and damage.

Article 6

Public services in the headquarters precinct

(1) The Republic of Austria shall take all appropriate measures to ensure that the headquarters precinct is supplied with the necessary public services.

(2) The head of the sub-office shall, upon request, make suitable arrangements to enable duly authorised representatives of the appropriate public service bodies to inspect, repair, maintain, reconstruct and relocate utilities, conduits, mains and sewers within the headquarters precinct in such a manner as not to disrupt the official activities unduly.

Article 7**Archives**

The archives of the Organisation and any documents and data carriers belonging to or held by it shall be inviolable.

Article 8**Data protection**

The Organisation shall ensure that persons whose data are processed electronically are able to enforce their rights vis-à-vis the Organisation in matters of data protection at least to the extent provided for in the European Convention of 28 January 1981 for the Protection of Individuals with Regard to Automatic Processing of Personal Data.¹

Article 9**Communications, publications**

(1) The Republic of Austria shall ensure that the Organisation is able to send and receive communications in connection with its official activities without let or hindrance. In its communications with the sub-office or with an employee in the headquarters precinct the Organisation may make use of any suitable means, including couriers and coded messages, which shall enjoy the same privileges and immunities as diplomatic couriers and bags.

(2) The Republic of Austria recognises the right of the Organisation, within the scope of its official activities and without let or hindrance, to publish in the

Republic of Austria printed matter, material recorded on data carriers or disseminated via data transmission systems, and to broadcast. It is, however, understood that the Organisation shall comply with any laws of the Republic of Austria, or any international copyright conventions to which the Republic of Austria is a party.

Article 10**Freedom from taxation and customs duties**

(1) Within the scope of its official activities the Organisation and its assets, income and other property shall be exempt from all forms of taxation; such tax exemption shall not, however, extend to the owner or lessor of any property rented by the Organisation.

(2) Indirect taxes included in the price of goods or services supplied to the Organisation within the scope of its official activities, including leasing and rental charges, shall be refunded to the Organisation insofar as Austrian law makes provision to that effect for foreign missions.

(3) All transactions to which the Organisation is a party and all documents recording such transactions shall be exempt from all taxes, recording charges and court fees.

(4) Articles imported or exported by the Organisation within the scope of its official activities shall be exempt from customs duties and other charges provided

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1496, No. I-25702.

these are not simply charges for public utility services, and from economic prohibitions and restrictions on imports and exports.

(5) The Organisation shall be exempt from customs duties and other charges, provided these are not simply charges for public utility services, and from economic prohibitions and restrictions on the importation of vehicles, including spare parts, required for the exercise of its official activities.

(6) Articles imported in accordance with paragraphs 4 and 5 shall not be ceded or transferred by the Organisation to other persons in the Republic of Austria within two years of their importation or acquisition; otherwise the charges waived on importation shall be payable. This shall not apply to articles intended for further dissemination within the framework of the Organisation's technical work.

(7) The Organisation shall be exempt from the obligation to pay employer's contributions to the family benefit equalisation fund.

Article 11

Financial facilities

Without being subject to controls or regulations of any kind, the Organisation may without let or hindrance and for official purposes:

- (a) purchase any currencies through authorised channels, and hold and dispose of such currencies;
- (b) maintain accounts in any currency;

- (c) purchase funds and securities through authorised channels, and hold and dispose of such funds and securities;
- (d) transfer its funds, securities and currency to or from the Republic of Austria, to or from any other country, or within the Republic of Austria; and
- (e) raise funds on the basis of its borrowing power or in any other manner it considers desirable, with the proviso that the Organisation shall obtain the consent of the Republic of Austria to the raising of funds within the latter's territory.

Article 12

Social security

Sub-office and Office employees shall be exempt from the application of Austrian social security laws provided they belong to the Organisation's social security scheme.

Article 13

Entering and leaving the territory, transit and residence

(1) The Republic of Austria shall take all necessary measures to facilitate the entry into, and sojourn in the Republic of Austria of the persons listed below, shall allow them to leave Austrian territory without let or hindrance and ensure that they can travel unimpeded to or from the headquarters precinct, affording them any necessary protection when so travelling:

- (a) representatives of Contracting States, alternate representatives, their advisers and experts;
- (b) representatives of States or institutions invited by the Organisation;
- (c) employees of the Office;
- (d) employees of the sub-office and members of their families forming part of their household;
- (e) experts within the meaning of Article 17.

(2) Visas which may be required by persons referred to in this Article shall be granted free of charge and as promptly as possible.

(3) No person referred to in paragraph 1 shall be required by the Republic of Austria to leave Austrian territory except in the event of an abuse of the right of residence, in which case the following procedure shall apply:

- (a) the institution of proceedings to require any such person to leave Austrian territory shall require the prior approval of the Federal Minister for Foreign Affairs of the Republic of Austria;
- (b) in the case of a person mentioned in paragraph 1 (a), such approval shall be given only after consultation with the Government of the Contracting State concerned;
- (c) in the case of a person mentioned in paragraph 1 (b) to (e), such approval shall be given only after consultation with the head of the sub-office, and if expulsion proceedings are

instituted against any such person the head of the sub-office shall have the right to appear or to be represented in such proceedings together with the person against whom such proceedings are instituted;

(d) the head of the sub-office and his deputy shall not be required to leave Austrian territory otherwise than in accordance with the customary procedure applicable to members, having comparable rank, of the staffs of heads of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

(4) The Republic of Austria shall be entitled to demand reasonable evidence to establish that persons claiming the rights granted by this Article fall within the categories described in paragraph 1, or to demand the reasonable application of quarantine and health regulations.

Article 14

Employees of the sub-office

(1) Employees of the sub-office shall enjoy within and with respect to the Republic of Austria the following privileges and immunities:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done in the exercise of their duties; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by an employee of the sub-office, nor in the case of damage

- caused by a motor vehicle belonging to or driven by an employee; this immunity shall continue to apply even after the persons concerned have ceased to be employees of the sub-office;
- (b) inviolability for all their official papers, data carriers and documents;
 - (c) exemption from taxation in respect of the salaries, emoluments and indemnities paid to them by the Office in connection with their service with the Office; this exemption shall extend also to assistance given to members of the employees' families;
 - (d) exemption from any form of taxation on income derived by them from sources outside the Republic of Austria;
 - (e) exemption from immigration restrictions and from registration formalities for themselves and members of their families forming part of their household;
 - (f) freedom to acquire or maintain within the Republic of Austria foreign securities, foreign currency accounts and other movable and, under the same conditions as Austrian nationals, immovable property, and upon termination of their employment with the Organisation, the right to take out of the Republic of Austria through authorised channels, without reservation or restriction, their funds in the same currency and up to the same amounts as those brought in.
 - (g) the right to import for personal use, free of duty and other charges, provided these are not simply charges for public utility services, and exempt from economic import prohibitions and restrictions:
 - (i) their furniture and effects in one or more separate consignments;
 - (ii) not more than two motor cars at the time of their move upon first taking up their duties.
- (2) Employees of the sub-office who are not Austrian nationals shall not qualify for family burdens equalisation benefit, nor shall their spouses or minor children forming part of the employee's household.

Article 15

Head of the sub-office

In addition to the privileges and immunities specified in Article 14, the head of the sub-office and his deputy shall, provided they are not Austrian nationals and are not permanently resident in the Republic of Austria, be accorded the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to heads of diplomatic missions or members of such missions having comparable rank.

Article 16

Employees of the office

(1) For the duration of a stay on official business, employees of the Office shall enjoy within and with respect to the Republic of Austria

the following privileges and immunities:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done in the exercise of their duties; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by an employee of the Office, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by an employee. This immunity shall continue to apply even after the persons concerned have ceased to be employees of the Office;
- (b) inviolability for all their official papers, data carriers and documents;
- (c) exemption from taxation in respect of salaries, emoluments and indemnities paid to them by the Office in connection with their service with the Office; this exemption shall extend also to assistance given to members of the employees' families;
- (d) exemption from any form of taxation on income derived by them from sources outside the Republic of Austria;
- (e) exemption from immigration restrictions and from registration formalities.

(2) All former employees of the Office shall be exempt from national income tax on pensions paid to them by the Organisation. However, the Republic of Austria shall retain the right to take these pensions into account when assessing the amount of tax to be

levied on income from other sources.

Article 17

Experts

(1) Experts performing duties on behalf of, or carrying out missions for, the Organisation shall enjoy the following privileges and immunities, to the extent that they are necessary for the carrying out of their duties including when they travel in connection with such duties and missions:

- (a) immunity from jurisdiction in respect of acts, including words written and spoken, done in the exercise of their duties; this immunity shall not apply, however, in the case of a motor traffic offence committed by an expert, nor in the case of damage caused by a motor vehicle belonging to or driven by him; experts shall continue to enjoy this immunity even after they have ceased to be employed by the Organisation;
- (b) inviolability for all their official papers, data carriers and documents;
- (c) the exchange facilities necessary for the transfer of their emoluments and expenses.

(2) Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the persons referred to in paragraph 1 may be present in the Republic of Austria for the discharge of their duties shall not

be considered as periods of residence. In particular, such persons shall be exempt from taxation on their emoluments and expenses paid by the Organisation during such periods of duty.

Article 18

Notification of appointments Identity cards

(1) The sub-office shall inform the Republic of Austria when an employee takes up or relinquishes his duties.

(2) The Republic of Austria shall furnish employees of the sub-office and members of their families forming part of their household, provided they are not Austrian nationals or persons who are permanently resident in the Republic of Austria, with an identity card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder vis-à-vis the Austrian authorities.

(3) The Organisation may issue an identity card bearing the photograph of the holder to Austrian citizens and persons who at the time of taking up their duties with the sub-office are permanently resident in the Republic of Austria.

Article 19

Austrian citizens and persons permanently resident in the Republic of Austria

Austrian citizens and persons who at the time of taking up their duties are permanently resident in the Republic of Austria shall enjoy only the privileges and immunities specified in Article 12, Article 14,

paragraphs 1 (a), (b) and (c), Article 16, paragraphs 1 (a), (b) and (c) and 2, and Article 17.

Article 20

Purpose of privileges and im- munities

(1) The privileges and immunities provided for in this agreement are not designed to give to employees of the sub-office or experts personal advantage. They are granted solely to ensure that the Organisation is able to perform its official activities unimpeded at all times and that the persons to whom they are accorded have complete independence.

(2) The Organisation has the duty to waive immunity where it considers that such immunity would impede the normal course of justice and that it can be waived without prejudicing the interests of the Organisation.

Article 21

Settlement of disputes

Any dispute between the Republic of Austria and the Organisation concerning the interpretation or application of this Agreement or of any additional agreement, or any question affecting the headquarters precinct or relations between the Republic of Austria and the Organisation, which is not settled by negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred for final decision to a tribunal of three arbitrators: one to be chosen by the Republic of Austria, one to be chosen by the Organisation and

the third, who shall be chairman of the tribunal, to be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third within six months of their appointment, he shall be chosen by the President of the International Court of Justice at the request of the Republic of Austria or the Organisation.

Article 22

Entry into force

This Agreement shall enter into force at the same time as the Agreement between the Republic of Austria and the European Patent Organisation on the integration of the International Patent Documentation Center (IN-PADOC) into the European Patent Office.

Article 23

Termination

This Agreement shall cease to be in force:

- (a) by mutual consent of the Republic of Austria and the Organisation, and
- (b) if the sub-office is removed from the territory of the Republic of Austria, except for such provisions as may be applicable in connection with the orderly termination of the sub-office's operations and the disposal of its property therein.

Done at Vienna on 2 July 1990
in two originals in the English,
French and German languages,
each text being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

SCHÜSSEL

For the European
Patent Organisation:

BRAENDL

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET L'ORGANISATION EUROPÉENNE DES BREVETS RELATIF AU SIÈGE DE L'AGENCE DE VIENNE DE L'OFFICE EUROPÉEN DES BREVETS

Préambule

**La République d'Autriche
et
l'Organisation européenne des brevets**

VU la Convention sur la délivrance de brevets européens du 5 octobre 1973²,

VU le Protocole sur les priviléges et immunités de l'Organisation européenne des brevets³,

VU l'article 3 de l'Accord entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif à l'incorporation du Centre international de documentation de brevets (INPADOC) dans l'Office européen des brevets⁴,

sont convenues de ce qui suit:

Article premier

Definitions

Aux fins du présent Accord,

- a) le terme «Organisation» désigne l'Organisation européenne des brevets;

- b) le terme «Office» désigne l'Office européen des brevets;
- c) le terme «Etat contractant» désigne tout Etat partie à la Convention sur la délivrance de brevets européens du 5 octobre 1973;
- d) le terme «Agence» désigne l'agence de l'Office européen des brevets instituée à Vienne par l'Organisation européenne des brevets conformément à l'article 3 de l'Accord entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif à l'incorporation du Centre international de documentation de brevets (INPADOC) dans l'Office européen des brevets;
- e) le terme «agent de l'agence» désigne tout agent de l'Office européen des brevets dont les fonctions à l'agence ne sont pas seulement temporaires;
- f) le terme «activités officielles» désigne les activités de l'Organisation européenne des brevets qui sont strictement nécessaires à ses travaux administratifs et

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1991, date de l'entrée en vigueur de l'Accord relatif à l'incorporation du Centre internationale de documentation de brevets (INPADOC) dans l'Office européen des brevets, conformément à l'article 22.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1065, p. 199.

³ Non enregistré à la date d'enregistrement de l'Accord publié ici.

⁴ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1679, n° I-29008.

techniques, telles qu'elles ressortent de la Convention sur la délivrance de brevets européens du 5 octobre 1973.

Article 2

Siège

(1) Le siège permanent de l'agence est établi dans le district du siège. L'Organisation a le droit, en accord avec la République d'Autriche, d'occuper un district de siège. Ce district et les modalités d'utilisation seront définis dans un accord additionnel à conclure entre la République d'Autriche et l'Organisation.

(2) Le siège de l'agence ne peut être transféré qu'en accord avec la République d'Autriche. Le transfert temporaire du siège en un autre lieu ne constitue pas un transfert du siège permanent, sauf décision expresse de l'Organisation à cet effet. L'accord de la République d'Autriche est également nécessaire pour un transfert temporaire du siège.

(3) Tout bâtiment, utilisé à Vienne ou hors de Vienne, en accord avec la République d'Autriche, pour des réunions convoquées par l'Organisation est considéré comme faisant temporairement partie du district du siège.

(4) Dans le cadre de ses activités officielles, l'Organisation a le droit, en accord avec la République d'Autriche, d'établir et d'exploiter une ou plusieurs stations d'émission et de réception ainsi que toutes autres installations de télécommunication.

(5) L'Organisation peut établir et exploiter des installations de recherche et de documentation ou toute autre installation technique. Ces installations sont soumises aux règles de sécurité appropriées; dans le cas d'installations pouvant présenter des dangers pour la santé ou la sécurité ou des inconvénients pour l'intégrité des biens, les dites règles devront être arrêtées en accord avec la République d'Autriche.

(6) Dans la mesure nécessaire à l'efficacité de l'exploitation, les installations prévues aux paragraphes 4 et 5 peuvent être établies et exploitées en dehors du district du siège. A la demande de l'Organisation, la République d'Autriche prend des mesures en vue de l'acquisition ou de l'utilisation par l'Organisation, selon des dispositions et modalités à convenir dans un accord additionnel, de locaux appropriés à cet effet, ainsi que de l'incorporation de ces locaux au district du siège.

Article 3

Inviolabilité

(1) Le district du siège est inviolable. Les autorités de la République d'Autriche ne peuvent y pénétrer qu'avec le consentement du chef de l'agence et dans les conditions fixées par lui. Ce consentement est présumé acquis en cas d'incendie ou de tout autre sinistre exigeant des mesures de protection immédiates.

(2) Les documents émanant d'autorités autrichiennes peuvent être remis dans le district du siège de l'agence.

(3) L'Organisation empêche que le district du siège ne devienne le refuge de personnes tentant d'échapper à une arrestation ordonnée en exécution d'une loi de la République d'Autriche, ou réclamées par celle-ci pour être extradées dans un autre pays, ou cherchant à se dérober à la signification d'un acte de procédure.

Article 4

Immunité

(1) Dans le cadre de ses activités officielles, l'Organisation bénéficie de l'immunité de juridiction et d'exécution sauf:

- a) dans la mesure où l'Organisation aurait expressément renoncé à une telle immunité dans un cas particulier;
- b) en cas d'action civile intentée par un tiers pour les dommages résultant d'un accident causé par un véhicule automoteur appartenant à l'Organisation ou circulant pour son compte ou en cas d'infraction à la réglementation applicable à la possession, à la circulation et à l'utilisation de véhicules automoteurs.
- c) dans le cas de saisie, en exécution de décisions des autorités administratives ou judiciaires, des rémunérations, traitements et indemnités dus par l'Organisation à un membre du personnel, sauf si elle informe les autorités compétentes, dans les quatorze jours suivant la date à laquelle la décision lui a été notifiée, qu'elle ne renonce pas à l'immunité.

(2) Sans préjudice des paragraphes 1 et 3, les propriétés et biens de l'Organisation, quel que soit le lieu où ils se trouvent, bénéficient de l'immunité à l'égard de toute forme de réquisition, confiscation, expropriation et séquestration.

(3) Les propriétés et biens de l'Organisation bénéficient également de l'immunité à l'égard de toute forme de contrainte administrative ou de mesure préalable à un jugement, sauf dans la mesure où le nécessitent temporairement la prévention des accidents mettant en cause des véhicules automoteurs appartenant à l'Organisation ou circulant pour le compte de celle-ci et les enquêtes auxquelles peuvent donner lieu lesdits accidents.

Article 5

Protection du district du siège

La République d'Autriche prend toutes mesures appropriées pour protéger le district du siège de l'agence contre toute irruption et détérioration.

Article 6

Services publics dans le district du siège

(1) La République d'Autriche prend toutes mesures appropriées pour assurer la fourniture au district du siège des services publics nécessaires.

(2) Le chef de l'agence prend, sur demande, les dispositions voulues pour que les représentants dûment autorisés des organismes chargés des services publics en

question puissent inspecter, réparer, entretenir, reconstruire ou déplacer les installations, canalisations, conduites et égouts, à l'intérieur du district du siège, d'une manière qui ne gêne pas outre mesure les activités officielles.

Article 7

Archives

Les archives de l'Organisation ainsi que tout document et support de données lui appartenant ou détenu par elle sont inviolables.

Article 8

Protection des données

L'Organisation garantit que les personnes concernées par le traitement électronique des données peuvent faire valoir à l'égard de l'Organisation les droits relatifs à la protection des données, tout au moins dans la mesure prévue par la Convention européenne pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel du 28 janvier 1981¹.

Article 9

Communications, publications

(1) La République d'Autriche autorise l'Organisation à communiquer librement dans le cadre de ses activités officielles et protège cette liberté. Pour communiquer avec l'agence ou un agent se trouvant dans le district du siège, l'Organisation peut utiliser tous moyens appropriés, y compris courriers et informations chif-

frées, qui bénéficient des mêmes priviléges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

(2) La République d'Autriche reconnaît le droit de l'Organisation de procéder librement à des publications par voie de documents imprimés, de supports de données, de transmission de données ou de radiodiffusion, dans le cadre de ses activités officielles, sur le territoire de la République d'Autriche. Il est toutefois entendu que l'Organisation est tenue de respecter toutes les lois de la République d'Autriche et toutes les conventions internationales relatives aux droits d'auteur, auxquelles la République d'Autriche est partie.

Article 10

Exemption fiscale et franchise douanière

(1) Dans le cadre de ses activités officielles, l'Organisation, ainsi que ses avoirs, ses revenus et autres biens, sont exempts de tout impôt, étant entendu toutefois que cette exemption fiscale ne s'étend pas au propriétaire ou bailleur d'un bien pris en location par l'Organisation.

(2) Les impôts indirects entrant dans le prix des marchandises achetées par l'Organisation ou des services qui lui sont fournis, y compris les loyers, sont remboursés à l'Organisation dans les limites prévues par la législation autrichienne pour les missions étrangères.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1496, n° I-25702.

(3) Toutes les transactions auxquelles l'Organisation est partie et tous les documents où sont consignées lesdites transactions sont exempts de tous impôts, droits d'enregistrement et frais de justice.

(4) Les articles importés ou exportés par l'Organisation dans le cadre de ses activités officielles sont exempts de tous droits de douane ou autres redevances, sauf si celles-ci sont perçues pour des services publics, et de toutes prohibitions et restrictions de nature économique, à l'importation ou à l'exportation.

(5) L'Organisation est exempte de tous droits de douane ou redevances, sauf si celle-ci sont perçues pour des services publics, et de toutes prohibitions ou restrictions de nature économique pour l'importation des véhicules automoteurs qui sont utilisés dans le cadre de ses activités officielles et des pièces de rechange pour ces véhicules.

(6) L'Organisation ne peut transférer ni céder à des tiers en République d'Autriche les articles importés conformément aux paragraphes 4 et 5 dans un délai de deux ans à compter de leur importation ou de leur acquisition; dans le cas contraire, les redevances qui n'ont pas été perçues à l'importation devront être versées. Ces dispositions ne valent pas pour les articles destinés à être transmis dans le cadre des activités techniques de l'Organisation.

(7) L'Organisation est exempte de la contribution obligatoire de

l'employeur au fonds de compensation pour les allocations familiales.

Article 11

Facilités d'ordre financier

Sans être astreinte à aucun contrôle ou réglementation, l'Organisation peut librement, à des fins officielles,

- a) acheter toutes monnaies par les voies autorisées, les détenir et en disposer;
- b) disposer de comptes en toutes monnaies;
- c) acheter par les voies autorisées ou détenir des fonds et des valeurs, et en disposer;
- d) transférer ses fonds, ses valeurs et ses devises d'Autriche dans un autre pays ou inversement, ou à l'intérieur de l'Autriche;
- e) se procurer des fonds, en utilisant sa capacité de contracter des emprunts ou de toute autre manière qu'elle juge souhaitable; toutefois, lorsque cette opération a lieu sur le territoire de la République d'Autriche, l'Organisation doit obtenir l'assentiment de celle-ci.

Article 12

Sécurité sociale

Les agents de l'agence et de l'Office ne sont pas soumis à la loi autrichienne sur la sécurité sociale, pour autant qu'ils adhèrent au système de sécurité sociale de l'Organisation.

Article 13

Déplacements et séjours

(1) La République d'Autriche prend toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'entrée et le séjour en République d'Autriche des personnes énumérées ci-après, ne met aucun obstacle à leur sortie du territoire autrichien, veille à ce que leurs déplacements à destination ou en provenance du district du siège ne subissent aucune entrave et leur accorde la protection nécessaire pendant ces déplacements:

- a) les représentants des Etats contractants ainsi que les suppléants, conseillers ou experts qui leur sont adjoints;
- b) les représentants des Etats ou institutions invités par l'Organisation;
- c) les agents de l'Office;
- d) les agents de l'agence et les membres de leur famille vivant à leur foyer;
- e) les experts au sens de l'article 17.

(2) Les visas qui peuvent être nécessaire aux personnes mentionnées dans le présent article sont accordés sans frais et aussi rapidement que possible.

(3) La République d'Autriche ne peut inviter aucune des personnes visées au paragraphe 1 du présent article à quitter le territoire autrichien, sauf en cas d'abus du droit de résidence; dans ce cas, les dispositions suivantes sont applicables:

- a) aucune procédure ne peut être engagée pour inviter l'une des personnes susvisées à quitter le territoire autri-

chien, sans l'approbation préalable du ministre fédéral des affaires étrangères de la République d'Autriche;

- b) s'il s'agit d'une personne visée au paragraphe 1, lettre a), cette approbation ne peut être donnée qu'après consultation avec le gouvernement de l'Etat contractant intéressé;
- c) s'il s'agit d'une personne visée au paragraphe 1, lettres b) à e), cette approbation ne peut être donnée qu'après consultation avec le chef de l'agence. Si une procédure d'expulsion est engagée contre cette personne, le chef de l'agence a le droit de comparaître avec la personne contre laquelle cette procédure est engagée ou de s'y faire représenter;
- d) le chef de l'agence et son suppléant ne peuvent être invités à quitter le territoire autrichien, si ce n'est conformément à la procédure normalement suivie pour le personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

(4) La République d'Autriche est en droit d'exiger des personnes qui revendiquent les droits accordés par le présent article qu'elles prouvent de façon satisfaisante qu'elles entrent bien dans les catégories prévues au paragraphe 1, ou de demander l'application raisonnable des mesures quarantaines et des règlements sanitaires.

Article 14

Agents de l'agence

(1) Les agents de l'agence jouissent, sur le territoire et à l'égard de la République d'Autriche, des priviléges et immunités suivants:

- a) immunité de juridiction pour les actes, y compris les paroles et écrits, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'une infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automoteurs, commise par un agent de l'agence, ou de dommage causé par un véhicule automoteur lui appartenant ou qu'il conduit; cette immunité subsiste même si les intéressés ont cessé d'être agents de l'agence;
 - b) l'inviolabilité pour tous leurs papiers, supports de données et documents officiels;
 - c) exemption de tout impôt sur les rémunérations, traitements et indemnités qui leur sont versés par l'Office et se rapportant à leur service à l'Office; cette exemption s'étend également aux allocations versées aux membres de la famille de l'agent;
 - d) exemption de tout impôt sur leurs revenus provenant de sources extérieures au territoire de la République d'Autriche;
 - e) exemption pour eux-mêmes et pour les membres de leur famille vivant à leur foyer de toute mesure limitant l'en-
 - trée et de toutes formalités d'enregistrement;
 - f) liberté d'acquérir ou de posséder sur le territoire de la République d'Autriche des valeurs étrangères, des comptes en devises et d'autres biens, meubles et immeubles, les immeubles toutefois exclusivement dans les mêmes conditions que celles applicables aux ressortissants autrichiens; et, lorsque leurs fonctions à l'Organisation prennent fin, droit de sortir du territoire de la République d'Autriche par les voies autorisées, sans aucune réserve ni restriction, des sommes égales à celles qu'ils avaient introduites sur ledit territoire et dans les mêmes devises;
 - g) droit d'importer en franchise, sauf pour les redevances perçues pour des services publics, pour leur usage personnel et sans être soumis aux interdictions et restrictions économiques à l'importation:
 - i) leur mobilier et leurs effets en un ou plusieurs envois;
 - ii) deux véhicules automobiles au maximum à l'occasion de leur première installation.
- (2) Les agents de l'agence autres que les nationaux autrichiens ne bénéficient pas de la péréquation des charges de famille. Il en va de même pour leurs conjoints et leurs enfants mineurs s'ils vivent à leur foyer.

Article 15

Chef de l'agence

Outre les priviléges et immunités mentionnés à l'article 14, le chef de l'agence et son suppléant jouissent, sauf s'il s'agit de nationaux autrichiens ou de résidents permanents en République d'Autriche, des priviléges et immunités, exemptions et facilités accordées aux chefs de missions diplomatiques ou au personnel de rang comparable de ces missions.

Article 16

Agents de l'Office

(1) Pendant toute la durée d'un séjour effectué à l'agence pour raisons de service, les agents de l'Office jouissent, sur le territoire et à l'égard de la République d'Autriche, des priviléges et immunités suivants:

- a) immunité de juridiction pour les actes, y compris les paroles et écrits, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'une infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automoteurs, commise par un agent de l'Office, ou d'un dommage causé par un véhicule automoteur lui appartenant ou qu'il conduit. Cette immunité subsiste même si les intéressés ont cessé d'être agents de l'Office;
- b) inviolabilité pour tous leurs papiers, supports de données et documents officiels;
- c) exemption de tout impôt sur les rémunérations, traitements et indemnités qui leur

sont versés par l'Office et se rapportant à leur service à l'Office; cette exemption s'étend également aux allocations versées aux membres de la famille de l'agent;

- d) exemption de tout impôt sur leurs revenus provenant de sources extérieures au territoire de la République d'Autriche;
- e) exemption de toute mesure limitant l'entrée et de toutes formalités d'enregistrement.

(2) Tous les anciens agents de l'Office sont exemptés de l'impôt national sur les pensions que l'Organisation leur paie pour le service accompli. La République d'Autriche se réserve toutefois le droit de tenir compte de ces pensions pour le calcul de l'impôt payable sur les revenus provenant d'autres sources.

Article 17

Experts

(1) Les experts exerçant des fonctions pour le compte de l'Organisation ou accomplissant des missions pour celle-ci jouissent des priviléges et immunités ci-après dans la mesure où ils leur sont nécessaires pour l'exercice de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués dans l'exercice de leurs fonctions ou au cours de ces missions:

- a) immunité de juridiction pour les actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions, y compris leurs paroles et écrits; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'une infraction à la réglementation de la circulation des véhicules

automoteurs commise par un expert, ou d'un dommage causé par un véhicule automobile lui appartenant ou qu'il conduit; les experts continueront à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions auprès de l'Organisation;

- b) inviolabilité pour tous leurs papiers, supports de données et documents officiels;
- c) facilités de change nécessaires au transfert de leurs rémunérations et de leurs indemnités.

(2) Lorsque l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujetti, les périodes pendant lesquelles les personnes visées au paragraphe 1 se trouvent sur le territoire de la République d'Autriche pour l'exercice de leurs fonctions ne sont pas considérées comme des périodes de résidence. En particulier, ces personnes sont exemptes de tout impôt sur les rémunérations et indemnités qu'elles ont reçues de l'Organisation pendant lesdites périodes de service.

Article 18

Notification des nominations Cartes d'identité

(1) L'agence informe la République d'Autriche de l'entrée en fonctions de ses agents ainsi que de la cessation de leurs fonctions.

(2) La République d'Autriche délivre aux agents de l'agence et aux membres de leurs familles vivant dans leur foyer, sauf s'il s'agit de nationaux autrichiens ou de résidents permanents en Répu-

blique d'Autriche, des cartes d'identité avec photographie. Ces cartes identifient les titulaires auprès des autorités autrichiennes.

(3) L'Organisation peut délivrer aux nationaux autrichiens ou aux personnes qui, lors de leur entrée en fonctions auprès de l'agence, ont leur résidence permanente en République d'Autriche, une carte d'identité avec photographie.

Article 19

Nationaux autrichiens et résidents permanents en République d'Autriche

Les nationaux autrichiens ou les personnes qui, lors de leur entrée en fonctions, ont leur résidence permanente en République d'Autriche ne jouissent que des priviléges et immunités visés à l'article 12, à l'article 14, paragraphe 1, lettres a), b) et c), à l'article 16, paragraphe 1, lettres a), b) et c) et paragraphe 2, ainsi qu'à l'article 17.

Article 20

But des priviléges et immunités

(1) Les priviléges et immunités prévus par le présent Accord ne sont pas établis en vue d'accorder aux agents de l'agence ou aux experts des avantages personnels. Ils sont institués uniquement afin d'assurer, en toutes circonstances, le libre exercice des activités officielles de l'Organisation et la complète indépendance des personnes auxquelles ils sont accordés.

(2) L'Organisation a le devoir de lever l'immunité lorsqu'elle

estime qu'elle empêche le jeu normal de la justice et qu'il est possible de la lever sans porter atteinte aux intérêts de l'Organisation.

Article 21

Règlement des différends

Tout différend entre la République d'Autriche et l'Organisation au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord ou de tout accord additionnel, ou toute question touchant le district du siège ou les relations entre la République d'Autriche et l'Organisation, qui n'est pas réglé par voie de négociations ou par tout autre mode de règlement convenu entre les parties, est soumis pour décision définitive à un tribunal d'arbitrage composé de trois arbitres, dont un est désigné par la République d'Autriche, un autre par l'Organisation et le troisième, qui préside le tribunal, par les deux premiers arbitres. Si les deux premiers arbitres ne parviennent pas à s'entendre sur le choix du troisième dans les six mois qui suivent leur désignation, le troisième arbitre est désigné par le Président de la Cour Internationale de Justice à la requête de la République d'Autriche ou de l'Organisation.

Article 22

Entre en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur en même temps que l'accord entre la République d'Autriche et l'Organisation européenne des brevets relatif à l'incorporation du Centre international de documentation de brevets (INPADOC) dans l'Office européen des brevets.

Article 23

Fin de l'accord

Le présent Accord cessera d'être en vigueur:

- a) si la République d'Autriche et l'Organisation en sont ainsi convenues;
- b) si l'agence est transférée hors du territoire de la République d'Autriche, exception faite toutefois des clauses à appliquer pour mettre fin en bonne et due forme aux activités de l'agence et pour disposer de ceux de ses biens qui s'y trouveraient.

Fait à Vienne, le 2 juillet 1990
en double exemplaire en langues allemande, anglaise et française,
les trois textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

SCHÜSSEL

Pour l'Organisation
européenne des brevets :

BRAENDLI